



---

# VISION 21

---

**Unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2021**

Als **Junge Union Niederbayern**  
wollen wir **gemeinsam** in die **Zukunft gehen**  
und mit **klaren Visionen**  
in den Bundestagswahlkampf starten.  
Statt Verbote, setzen wir auf gemeinsame Lösungen.

Wir können nur gemeinsam den Klimawandel, die Corona-Pandemie, den  
Pflegenotstand, den Fachkräftemangel und weitere Herausforderungen meistern.

Jeder einzelne kann dazu seinen Teil beitragen.

Die Politik muss dafür die entsprechenden Wege ebnen.

Wir wollen nicht vom Balkon aus klatschen, sondern mit Taten glänzen.

Wir wollen nicht mit dem Finger auf andere deuten,  
sondern selbst mit der Schaufel in der Hand anpacken.

Als die **JUnge Generation** konkretisieren wir  
unsere Vorstellungen für die kommenden vier Jahre.

Ein **Europa** ist nur **stark**, solange **Deutschland** als Motor **läuft**.

Ein starkes Europa zwischen Amerika und Asien ist unser Ziel.

Mit einer starken Union tragen wir unseren Teil dazu bei,  
Bayern, Deutschland und Europa  
in eine sichere Zukunft zu führen.

**Packen wir es an!**

## Inhaltsverzeichnis

Mittelstand und Handwerk .....	4
Pflege.....	6
Umwelt- und Naturschutz – Hand in Hand .....	8
Landwirtschaft.....	10
Energiewende jetzt! .....	12
Kraftstoff für die Zukunft.....	14
Startklar für die Mobilitätswende .....	14
Startklar für den Aufstieg .....	16
Bildung.....	17
Wandel der digitalen Arbeitswelt .....	18
Eine Technologieoffensive .....	19
Corona war uns eine Lehre.....	20

## Mittelstand und Handwerk

Die Wurzeln des niederbayerischen Aufstiegs liegen im **Handwerk**. Auch in Zukunft soll und wird das Handwerk und der Mittelstand eine wichtige Rolle spielen. Aufgrund der Tatsache, dass sich das Übertrittsverhalten immer mehr in Richtung höhere Schulen entwickelt, werden Mittelschulen häufig abgewertet. Diese Entwicklung zu Gunsten höherer Schulen ist aber nicht nur positiv zu bewerten. Gerade Mittelschulen vermitteln den Jugendlichen in verschiedensten Praktika und im Unterricht viel handwerkliches und technisches Know-How. Nicht selten wird nach erfolgreichem Schulabschluss anschließend ein Handwerksberuf erlernt. Diese Handwerksberufe müssen in ganz Niederbayern Auftrieb erfahren, um jungen Menschen vor Ort Chancen aufzuzeigen, die abseits von Hochschulausbildung liegen und die Möglichkeit bieten, nach der Ausbildung in der Region zu verbleiben. Denkbar wäre eine **Handwerksinitiative** (z. B. „Karriereprogramm Handwerk“, Handwerkskammer Unterfranken) um Wege aufzuzeigen, die oft nicht mehr in Betracht gezogen werden. Gerade die junge Generation muss die Vorteile und die Attraktivität des Handwerksberuf wieder erleben dürfen. 30% der Jugendlichen, die ein Studium beginnen, brechen es wieder ab. Es braucht deutlich stärkere Präsenz an weiterführenden Schulen. Auch Projekte wie ein „Tag des offenen Handwerks“ in den einzelnen Landkreisen kann ein Instrument zur Nachwuchsgewinnung sein. Die JU kann sich sog. **Kompetenzzentren** vorstellen, um kleineren Handwerksbetrieben in Zusammenarbeit eine Ausbildung von Jugendlichen zu ermöglichen. Zimmerei/Schreinerei sowie Elektro/Sanitär/Heizung sind Gewerke, die sich beispielsweise gut miteinander verbinden lassen. Auch die **flexiblen Arbeitszeitmodelle** müssen in das Handwerk einziehen können. So fordern wir, die Schaffung von Möglichkeiten hier das Handwerk bei möglichen strukturellen Veränderungen in den Arbeitszeitmodellen besser zu unterstützen. Auch die vorgeschriebene Arbeitszeiterfassung soll erleichtert werden.

Es dürfen **keine Steuern erhöht** werden, sondern es müssen steuerliche Anreize geschaffen werden, die es Handwerkern erleichtert sich zu entwickeln. So wäre es denkbar, Handwerk und Mittelstand wie in der Landwirtschaft mit der Durchschnittsbesteuerung zu besteuern und somit deutliche Entlastungen zu schaffen. Die Grenze für diese Durchschnittsbesteuerung sollte bei einem zu versteuernden Gewinn von bis zu 500.000 Euro liegen. Diese Steuer-Entlastung zahlt sich aus durch kluge Investitionen der Unternehmer vor Ort aus. Auch ein **dauerhaft verminderter Umsatzsteuersatz** für die Gastronomie ist notwendig, um nach der Corona-Pandemie die Entwicklung der Gastro-Branche weiter zu stärken und den Mitarbeitenden eine gute Zukunft zu geben.

## Pflege

Die Coronapandemie hat es in aller Deutlichkeit gezeigt: Berufliche Pflegende, insbesondere die Pflegefachkräfte, sind eine zentrale Stütze des Gesundheitswesens. Gesundheit und Pflege sind eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die derzeitige Überbelastung von Fach- und Hilfspersonal in Gesundheitseinrichtungen bei gleichzeitiger Unterbezahlung ist so nicht länger tragbar. **Applaus und Lippenbekenntnisse** sind unserer Ansicht nach **nicht ausreichend**. Es braucht neue finanzielle Anreize, die Berufe müssen zukunftsorientiert ausgebaut werden, die Work-Life-Balance ist zu berücksichtigen und einer Akademisierung des Berufszweiges würde dem Beruf nur im Wege stehen. Gemäß Daten der Krankenkassen und dem Bayerischen Landesamt für Statistik gibt es aktuell in Bayern 350.000 pflegebedürftige Menschen. Die Zahl soll auf 525.000 im Jahr 2040 steigen. Diese Zahlen müssen wir ernst nehmen und kommen daher zu folgenden Forderungen.

Wir wollen in jedem Landkreis einen **Pflegestützpunkt** der eine unabhängige, kostenfreie und umfassende Beratung gewährleistet. Das Nebeneinander von Leistungsträgern und das aufgegliederte Beratungsangebot sind nicht zufriedenstellend. Die **Selbstbestimmung im Alter** und die Gestaltung des eigenen Lebens müssen trotz Beeinträchtigung gewährleistet sein. Die **häusliche Pflegeinfrastruktur** muss besser gestärkt werden. Viele ältere und pflegebedürftige Menschen wollen nicht in eine stationäre Einrichtung. Sie wollen Zuhause bei Ihren Liebsten, im Kreis der Familie und Angehörigen gepflegt werden. Es braucht ein größeres Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen, um die Angehörigen für einige Wochen zu erleichtern. Die Pflege von Angehörigen aller Altersgruppen sollte sich z.B. in mehr Rentenpunkten niederschlagen. Die aktuelle **Personalquote** im **Pflege- und Gesundheitsbereich** ist **nicht zufriedenstellend**! Es müssen mehr finanzielle Anreize geschaffen und attraktive familienfreundliche Arbeitsbedingungen

geschaffen werden. Alle Arbeitgeber in der Pflege sollen nach einem bundeseinheitlichen Tarifvertrag bezahlen. Wir brauchen eine **Entbürokratisierung der Pflege**. Wir brauchen den Weg, weg von der Funktionspflege hin zur Bedarfspflege und wir müssen aufhören, die Pflege als Profitmodell zu betrachten. Das Gesundheitswesen leidet unter dem Druck der gewinnmaximierten Pflege. Staatliche Einrichtungen sollten sich in diesem Wettbewerb nicht hineinziehen lassen. Die Akademisierung der Pflege sollte nicht zur „Zweiklassenkonkurrenz“ unter Pflegerinnen und Pflegern führen. Die beruflich ausgebildete Pflege ist genauso wichtig, wie die akademisiert ausgebildete Pflege. Durchaus denkbar wäre eine Duales Ausbildungssystem sei es eine duale Berufsausbildung oder ein Duales Studium. Diese sollte auch vom ersten Ausbildungstag an ausreichend bezahlt sein. Bereits **bestehende Pflegekammern** in ihrer Unabhängigkeit **besser ausgestalten**. Am Beispiel des Bayerischen Jugendrings sieht man deutlich, wie man durch öffentliche Mittel durchaus unabhängig sein kann.

## Umwelt- und Naturschutz – Hand in Hand

Der Auftrag, die **Schöpfung** zu **bewahren** ist Teil unseres christlichen Menschenbilds. Dabei setzen wir auf Miteinander statt auf gegenseitiges Ausspielen von Interessensvertretern. Wir sind Partner und keine Gegner! Wir alle sind dafür verantwortlich, bewusst die Umwelt zu schützen und uns bewusst zu machen, dass wir nicht so weiter machen können wie bisher.

Wir wollen gemeinsam **Hand in Hand** den **Schutz der Umwelt** vorantreiben. Nicht mit Verboten und Regeln. Wir müssen gemeinsam im guten **Miteinander Füreinander** handeln. Auch müssen wir unsere internationalen Partner weiter dazu drängen, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten und dies auch immer deutlicher einfordern. Die „global Player“ dieser Welt, USA, China, Indien und Russland müssen von Europa mit Deutschland als Leuchtturm, stärker dazu aufgefordert werden, ihren Teil dazu beizutragen. Allerdings muss man durchaus herausstellen, was **bereits** alles für den Klimaschutz in Deutschland getan und **geleistet** wird. V.a. und auch durch unsere **Landwirtschaft, Kommunen** und auch den **Bürgerinnen und Bürgern**. So werden die Grünlandnutzung entlang von Gewässern, Blühwiesen und Gewässer- und Erosionsschutzstreifen durch die Landwirte geschützt und gepflegt. Die Kommunen kümmern sich täglich darum, die Gewässer sauber zu halten, abertausende Streuobstwiesen für unsere Bienen zu erhalten und große alte Bäume zu stärken und zu schützen.

Jeder mit eigenem Garten sei es auf dem Dach in der Stadt oder auf dem Land, trägt auch erheblich dazu bei, das Klima ein kleines Stück besser zu machen. In **Niederbayern** können wir besonders stolz auf die Naherholungsgebiete wie das Isarmündungsgebiet, den Bayerischen Wald, den Nationalpark Bayerischer Wald, den Rottauensee sowie die Gretlmühle in Landshut sein. Wir müssen mehr finanzielle Anreize schaffen, sodass Kommunen Streuobstwiesen errichten, Biotop anlegen



oder auch auf kommunale Grünflächen mit Blühwiesen setzen. Auch soll jede Kommune bis 2030 seinen CO<sub>2</sub> Haushalt soweit reduziert haben, dass bis spätestens 2050 das Ziel der Klimaneutralität bundesweit erreicht werden kann.

## Landwirtschaft

Die **Landwirtschaft** und ihre vor- und nachgelagerten Bereiche haben für Niederbayern eine **große Bedeutung**. Insgesamt werden über 80 Prozent der Fläche land- und forstwirtschaftlich genutzt. Unsere Landwirte erzeugen weltweit geschätzte und hochqualitative Lebensmittel, pflegen unsere Kulturlandschaft und erschaffen so das typische Bild unserer **niederbayerischen Heimat**. Es liegt im Interesse der gesamten Gesellschaft, die Voraussetzungen zu schaffen, dass kleine Betriebe weitergeführt werden können. Nur wenn die Diversifikation der landwirtschaftlichen Tätigkeit erhalten bleibt, kann die qualitativ hochwertige Pflege unserer Landschaft weiterhin gewährleistet werden. Damit sich **junge Landwirte** auch in Zukunft für die Übernahme kleiner familiengeführter Betriebe entscheiden, müssen Perspektiven zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen in der Landwirtschaft geschaffen werden.

Eine solche **Herausforderung** stellt derzeit die erhöhte **Nitratbelastung** einzelner Grundwasserkörper dar. Der Einfluss landwirtschaftlicher Düngerausbringung und ein entsprechender Handlungsbedarf - wie durch die Düngeverordnung - ist dabei unbestritten. Bei der Entwicklung von Lösungsansätzen spielen **Fairness, Transparenz und langfristige Planungssicherheit** gegenüber den Landwirten eine große Rolle. Sämtliche Regelungen sollen möglichst für den Einzelfall begründet und nachvollziehbar sein. Erforderliche Einschränkungen sollen ausgleichsorientiert gestaltet werden.

Bei der existentiellen Frage einer **nachhaltigen Produktion** leistbarer Lebensmittel können gesellschaftliche Interessen des Umwelt- und Naturschutzes nicht von den Bauern allein getragen werden. Bei der **Lebensmittelproduktion** ist in Zukunft dringend auf mehr **Tierwohl** zu achten. Diese Forderung unterstützen wir nachdrücklich und wollen wir **gemeinsam** mit den Landwirten umsetzen.

Bei der Umsetzung dieser gesellschaftlichen Anforderung **muss jeder einen Beitrag leisten**. Daraus entstehende Mehrbelastungen müssen deshalb durch staatliche Fördermaßnahmen parallel zum bayerischen Agrarinvestitionsförderprogramm, durch Tierwohlprämien und durch angemessene Marktpreise abgedeckt werden.

Landwirte werden mit einem zunehmenden **Bürokratieaufwand** konfrontiert, der oft nur von Großbetrieben bewältigt werden kann, ohne auf Kosten der Umsorgung von Tieren und Pflanzen zu gehen. Damit aber auch kleine Betriebe und vor allem Nebenerwerbslandwirte handlungsfähig bleiben können, muss bürokratischer Aufwand, wo immer es möglich ist, **abgebaut werden**. Kapazitäten zur Unterstützung der Landwirte bei ihren Dokumentationspflichten sollen ausgebaut und alle Möglichkeiten der Digitalisierung dabei genutzt werden.

Wir fordern weitere Voraussetzungen für funktionierende **regionale Absatzmöglichkeiten** landwirtschaftlicher Produkte zu schaffen. Dies stärkt die Landwirte auch in ihrer Marktmacht gegenüber großen Handelsketten. Das **Bewusstsein** für die **Qualität** und Umweltverträglichkeit regional **erzeugter Produkte** muss dabei gestärkt werden. Die Direktvermarktung und der Verkauf über Hofläden sollen leichter ermöglicht und steuerlich vergünstigt werden.

Die **Professionalisierung der Landwirtschaft** und der Rückgang der Betriebe führt auch zu einer zunehmenden Distanz zwischen Produzenten und Verbrauchern landwirtschaftlicher Produkte. Den sogenannten „Bayerischen Weg der Agrarpolitik“ mit dem Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs und dem Ziel einer flächengebundenen, ressourcenschonenden und nachhaltigen Landwirtschaft empfehlen wir dabei auch als handlungsleitend für die Landwirtschaftspolitik im Bund.

## Energiewende jetzt!

Wir als JU fordern, **Stromerzeugung** allen Haushalten zu ermöglichen. Sonnenstrom muss sich wieder lohnen für den Betreiber und erst recht für unsere Umwelt! Der Zubau von PV-Anlagen läuft seit Jahren schleppend bis rückgängig. Das muss sich ändern. Wir benötigen 10 GW pro Jahr neue Anlagen. Dieses Ziel verfehlen wir deutlich. 2019 wurden kaum 4 GW verbaut. Der Strom wird auch für die Verkehrswende benötigt! **Jeder** soll auf seinem Dach, an der Fassade, auf dem Carport, wenn möglich **Photovoltaikstrom herstellen** können.

Auch Single-Haushalte dürfen hiervon nicht ausgenommen werden. Um den Strombedarf in der Zukunft decken zu können sollen die steuerlichen bzw. die KfW-Förderprogramme auch für kleinere Anlagen (1-2 KW) gelten dürfen. Die großen Photovoltaikanlagen sollen ebenfalls staatlich deutlich besser gefördert werden. Das **EEG** gehört grundlegend **entbürokratisiert**.

Bezieht man Strom aus dem Netz läuft der Zähler normal vorwärts. Speist man Strom über die Sonne ins Netz ein, läuft der Zähler einfach rückwärts. Dieses Einspeisemodell wäre für jeden klar und verständlich. Für die Anmeldung und Installation der Anlage ist in den Niederlanden nur ein Formular vorgesehen. Man sucht sich seinen Handwerker aus und schon ist die Anlage auf dem Dach montiert. In den Niederlanden wurden dadurch gemessen im Verhältnis zur Bevölkerung etwa fünf Mal mehr PV-Anlagen installiert als in Deutschland.

Der **steuerliche Aspekt** beim Betreiben einer Photovoltaikanlage gehört grundlegend überdacht. Anlagen müssen steuerlich gefördert und sollten nicht bestraft werden. PV-Anlagen gehören von der unentgeltlichen Wertabgabe befreit. Dadurch wird es wirtschaftlicher den eigenen hergestellten Strom auch selbst zu verbrauchen.

Das **Potential der Dachflächen** in den Städten gehört deutlich besser genutzt als bisher. Anstatt auf ländlichen Gebieten, landwirtschaftliche Flächen zu versiegeln,

sollte man die Fläche, die sich in den Städten bietet, deutlich besser nutzen. Möglicherweise könnte man hier ein eigenes Förderprogramm auflegen und hier Anreize für Hausbesitzer und Hausgemeinschaften anbieten, sich PV-Anlagen auf dem Dach zu installieren. Eine Mieterhöhung durch die Anschaffung solcher Anlagen sollte allerdings vermieden werden.

## Kraftstoff für die Zukunft

Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe ist trotz des immer größer werdenden Sektors der E-Mobilität unumgänglich. Die **JU-Niederbayern steht zum Verbrennungsmotor** und fordert ein klares Bekenntnis zur Förderung und Forschung von **synthetischen Kraftstoffen**. Bereits heute erfindet sich die Automobilregion Niederbayern neu und liefert zukunftsweisende Technologien, damit langfristig die fossilen Brennstoffe abgelöst werden können. Wir sind überzeugt: Nur durch die Mischung verschiedenster Antriebstechnologien ist die Automobil- und Antriebswende zu bewältigen. Daher gilt es gerade in unserer Region verstärkt diese Technologien und Forschungsmöglichkeiten zu fördern, um Arbeitsplätze in der Automobilbranche halten zu können und um **Vorreiter zu sein** im Vergleich mit anderen Industrienationen.

## Startklar für die Mobilitätswende!

Wir fordern ein **Testfeld für autonomes Fahren im Bayerischen Wald**. Das bereits existierende Testfeld digitale Autobahn auf der A9 zwischen München und Nürnberg ist nur der erste Schritt zu einem vollautonomen Fahren. Als nächsten Schritt muss Mobilität 4.0 auf Landstraßen in **ländlichen Regionen** erprobt werden. Die Strecken im Bayerischen Wald bieten hierzu beste Testbedingungen: Die topographischen Voraussetzungen mit langgezogenen Bergkämmen, die vergleichsweise kurvenreichen Strecken und nicht zuletzt die Wetterbedingungen, besonders im Winter, zur Erprobung von Fahrten bei Schnee, Eis und Nebel Mobilität 4.0 ermöglicht die Car-to-Car- und Car-to-Infrastructure-Kommunikation mit modernster Sensorik, hochpräziser digitaler Karten sowie Echtzeitkommunikation mit den aktuellsten Übertragungsstandards. Gerade im Bereich der Car-to-Infrastructure-Kommunikation, gilt es praxisnahe Erfahrungen auf dem angesprochenen Gelände zu sammeln.

Die **Automobilindustrie** ist in **Bayern**, besonders in **Niederbayern**, die führende **Schlüsselindustrie**. Ein weiteres Testfeld in Bayern liegt daher praktisch auf der Hand. Außerdem können Synergie-Effekte zu Tage treten, da diese Technologien der Zukunft Innovationen, Investoren oder Start-Ups aus der IT-Branche in die Region ziehen kann, die in diesem Bereich tätig sind. Zusätzlich profitieren Bevölkerung und Wirtschaft von verbesserter Mobilfunkanbindung.

## Startklar für den Aufstieg

Eine **funktionierende Europäische Union** ist die Basis für Frieden, Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand innerhalb der Mitgliedsstaaten. Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Corona-Pandemie darf die Kluft zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht weiter vertiefen. Stattdessen muss ein grenzübergreifender Aufschwung stattfinden. Regionale Diskrepanzen sollen so gering wie möglich gehalten, am besten aber vermieden werden. Ausgleichszahlungen sind hier jedoch kein probates Mittel, da sie keinen nachhaltigen Effekt haben.

Viel mehr sind grenzübergreifende Wirtschafts- und Innovationsaktivitäten weiter zu stärken und werden durch grenzübergreifende EU-Forschungsprojekte intensiviert und forciert. Schwerpunkte sind dabei die Entwicklung und Erforschung regionaler materieller Ressourcen und Werkstoffe der Zukunft. Auch die Erforschung medizinischer Heil- und Gegenmittel zur Bekämpfung von Krankheiten der modernen Menschheitsgeschichte (z.B. Krebs) ist eine europäische Aufgabe, die gemeinsam angegangen werden muss. Ebenfalls wichtig: Einführung von Mitteln und Methoden smarter Digitalisierung (z.B. EU-weites E-Government) sowie zukunfts- und **richtungsweisender Infrastrukturprojekte** wie Drohnentransport und Hyperloopstrecken. Hierdurch positioniert sich die EU als Technologieführer. Die synergetische Zusammenarbeit einzelner Mitgliedsstaaten ist dafür ausschlaggebend. Technologiecampus und Gründerzentren in/an ehemaligen Grenzstationen bieten sich für grenzübergreifende Aktivitäten an. Der Stellenwert der Euregios ist vermehrt hervorzuheben.



**Bildung ist** dabei **Basis** und **Garant** für die grenzübergreifende **Zusammenarbeit** und wirtschaftliche sowie forschungstechnische Vernetzung. Eine wichtige Grundlage hierfür ist die vollwertige Anerkennung von Bildungsabschlüssen durch die jeweiligen Mitgliedsstaaten mittels eines Europazeugnisses in einheitlicher Sprache. Bilinguale (staatl.) Kindertagesstätten mit frühkindlicher Spracherziehung durch muttersprachige ErzieherInnen aus dem EU-Nachbarstaat sorgen für grenzübergreifendes Zusammenwachsen. Ein weiterer Punkt: Die Fremdsprache des EU-Nachbarlands wird im Schulunterricht als Wahlfach angeboten, verknüpft mit anschließendem längerfristigem Schüleraustausch im jeweiligen EU-Nachbarland. Der Spracherwerb wird durch muttersprachliche Tandempartner aus dem EU-Nachbarland begleitend zum Unterricht gefördert und intensiviert. Ein **gemeinsames Kultur- und Freizeitangebot** stellt ein wichtiges Mittel zur Völkerverständigung dar. Zielführend sind Projekte, die die kulturellen Werte und landespezifischen Charakteristika des Nachbarlands näherbringen und das Verständnis dauerhaft fördern. Nachhaltige Tourismusangebote, Naherholungsgebiete und Umweltschutzprojekte entstehen in Synergie über die Landesgrenzen hinaus. Bürgerbefragungen in den jeweiligen Euregios, speziell zu Themen die die Region betreffen, stärken das Gemeinschaftsgefühl.

## Wandel der digitalen Arbeitswelt

Das Arbeitsmodell **Mobilarbeit** treibt den Wandel der digitalen Arbeitswelt intensiv voran und eröffnet für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen neue Chancen und Formen des Arbeitens.

Durch die Reduzierung von kostenintensiven Gewerbe- und Büroflächen Hand in Hand mit einer erleichterten Umwidmung von Gewerbeflächen zu Wohnraum wird der **Wohnungsknappheit in Ballungszentren** effektiv entgegengewirkt. Die Gewerbesteuereinnahmen durch Heimarbeitsplätze erhält die Kommune, an der die/der ArbeitnehmerIn ihren/seinen Lebensort hat. Die Abführung der Steuern darf jedoch nicht zu Lasten der ArbeitgeberInnen durch administrativen Mehraufwand erfolgen. Der Gewerbesteuerhebesatz stellt somit einen zusätzlichen Anreiz für die Schaffung von Mobil-Arbeitsplätzen dar. ArbeitgeberInnen werden zusätzlich für die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch reduziertes Pendleraufkommen entlohnt, indem die Anrechnung auf die CO<sub>2</sub> Emission eines Unternehmens erfolgt. Die Behördenverlagerung dient als Referenzprojekt bzgl. der Wiederbelebung und wirtschaftlichen Stärkung des ländlichen Raums. Familie und Beruf lassen sich für die ArbeitnehmerInnen besser vereinbaren - beispielsweise durch Zeitersparnis, weil Pendelzeiten wegfallen.

Das Arbeitsmodell Mobilarbeit wird fest in der Arbeitswelt verankert. Der Anspruch auf Mobilarbeit wird vertraglich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerIn vereinbart. Mobilarbeit ist dabei eine Arbeitsform, die nur durch gegenseitiges Einverständnis rückgängig gemacht werden kann. Eine Verpflichtung der ArbeitnehmerInnen zur Mobilarbeit durch den/die ArbeitgeberInnen ist hingegen nicht möglich. Eine Mobilarbeits-Pauschale für ArbeitnehmerInnen schafft eine steuerlich einheitliche, unkomplizierte Regelung und Entlastung. Sicherer Informationsschutz, Wahrung von Unternehmensgeheimnissen und Datenschutz bei Mobilarbeit werden gesetzlich abgesichert.

Zugleich darf **Mobilarbeit kein Luxusgut** für gut ausgebildete Arbeitskräfte sein/werden. Ebenfalls ein gerechter Ausgleich: Eine erhöhte Pendlerpauschale für ArbeitnehmerInnen, die weiterhin zur Arbeit fahren müssen, weil es ihre berufliche Tätigkeit erfordert (z.B. medizinische Dienstleistung, produzierendes Gewerbe). Wo immer möglich, sollte bereits während der Ausbildung Mobilarbeit-Erfahrung gesammelt werden können, um die Chancen und Risiken der neuen Form des Arbeitens frühzeitig zu erfahren. Die Mobilarbeit wird im Studium durch Förderung der digitalen Lehre – die Mobilarbeit für Studierende – verankert. Hybride Arbeitsmodelle werden gefördert, d.h. anteilige Präsenz im Büro, wenn reine Mobilarbeit nicht möglich ist.

Das Arbeitsmodell Mobilarbeit wird **kontinuierlich weiterentwickelt**. Die Unterstützung und Schaffung von Coworking-Spaces am Lebensort erhält die soziale Interaktion am Arbeitsplatz und fördert diese auch außerhalb des eigenen Unternehmens. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind auch am Heim-Arbeitsplatz zu gewährleisten. Dazu gehört die freiwillige Überprüfung der Arbeitssituation durch ortsansässige Hausärzte, Personal der gesetzlichen Krankenkassen oder Berufsgenossenschaften.

**Eine Technologieoffensive** soll die digitale Arbeitswelt durch Innovationen unterstützen. Ein datenschutzkonformes Onlinemeeting-Tool und Cloud-Services „Made in Germany“ werden wettbewerbsfähig realisiert. Der strenge Datenschutz schafft Vertrauen und ist dadurch ein klarer Wettbewerbsvorteil. Die Überführung des produzierenden Gewerbes in die Mobilarbeit gelingt z.B. durch Nutzung von 3D-Druck-Technologie zur Fertigung von Kleinstserien zu Hause und durch die Fernsteuerung vollautomatischer Produktionsanlagen.

## Corona war uns eine Lehre

Die Pandemie hat uns gezeigt, was wir nicht mehr können, was wir noch nie konnten, aber sehr wohl auch, was wir gut können.

Jede Krise ist auch eine Chance. Die Schwachstellen, die durch die Pandemie offengelegt wurden, müssen nachhaltig geschlossen werden. Eine Rückkehr zum Zustand vor der Pandemie ohne **Verbesserung** in den nachfolgenden Bereichen darf nicht **erfolgen**.

Die Digitalisierung von Schulen muss konsequent umgesetzt und auch praktiziert werden. Dazu gehören Digitaltage mit Distanzunterricht auch nach der Pandemie für die oberen Jahrgangsstufen.

Eine sachliche, aber ansprechende und moderne Kommunikationskultur durch die Behörden stellt sicher, dass die BürgerInnen erreicht und die Informationen gerne angenommen werden.

**Der Föderalismus ist eine klare Stärke Deutschlands.** Die Verwaltung wird digitalisiert. Online-Behördengänge gehören dann zum Standard. Ein Regelwerk und gesetzliche Grundlagen für pandemische Lagen schafft Sicherheit. Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte und Erzeugnisse werden wieder verstärkt im Inland oder EU-Ausland angesiedelt, um Versorgungsengpässe zu vermeiden und Unabhängigkeit zu gewährleisten.

**Mitwirkende:**

Benjamin Taitch, Vorsitzender JU Niederbayern

Julien Pursch, Geschäftsführer JU Niederbayern

Carlo Schöpp (KV Freyung-Grafenau), Thomas Brunner (KV Rottal-Inn), Florian  
Wiesmüller (KV Regen), Michaela Lochner (KV Landshut Stadt), Dr. Thomas  
Haslinger (KV Landshut Stadt), Hermann Schattenkirchner (KV Deggendorf)  
Stefan Zitzelsberger (KV Deggendorf)